

Ressourcenkonflikte: Unterhaltswirtschaften gegen Marktökonomie

Gefängnis für die grazile, schöne Künstlerin! Ein skandalisiertes Raunen ging im Oktober 2000 durch die Weltpresse, als die indische Schriftstellerin Arundhati Roy («Der Gott der kleinen Dinge») wegen Missachtung des Gerichts für einen Tag ins Gefängnis musste. Mit heiligem Zorn und wehendem Sari hatte sie sich einige Wochen zuvor den Medien präsentiert und den Obersten Gerichtshof Indiens öffentlich gescholten. Ihre Empörung galt einem Urteil, das für die größte Umweltbewegung des Landes, für den heiligsten Fluss Indiens und für Zehntausende Kleinbauern einem Desaster gleichkam. Grünes Licht für den Weiterbau des riesigen Narmada-Staudamms! Für die Schriftstellerin und mit ihr weite Teile der indischen Öffentlichkeit hatte damit die Arroganz des Staates gegenüber den kleinen Leuten wie auch gegenüber der wirtschaftlichen Vernunft einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

»Seit zehn Jahren«, schreibt Roy, »wird in Indien gegen den Sardar-Sarovar-Damm gekämpft, und es geht inzwischen um viel mehr als um einen Fluss. Das ist die Stärke, aber auch die Schwäche dieses Kampfes. Vor einigen Jahren drang die Auseinandersetzung ins öffentliche Bewusstsein. Das hat den Einsatz erhöht und dem Kampf eine neue Färbung gegeben. Aus dem Kampf um das Schicksal eines Flusstals erwachsen Zweifel an einem ganzen politischen System. Heute steht das Wesen unserer Demokratie auf dem Prüfstand. Wem gehört dieses Land? Wem gehören seine Flüsse? Seine Wälder? Seine Fische? Das sind gewaltige Fragen und der Staat nimmt sie sehr ernst. Alle seine Institutionen – die Armee, die Polizei, die Verwaltung, die Gerichte – antworten darauf mit einer Stimme. Und nicht nur das, ihre Antworten waren eindeutig, heftig und – brutal.« (Roy 1999, 17).

Dank ihres Weltruhms gelang es der Romanautorin einen Konflikt ins Scheinwerferlicht einer breiteren Öffentlichkeit zu ziehen, der sonst fern von Titelseiten und Primetime ausgetragen wird, und das nicht nur in Indien, sondern überall im Süden der Welt: den Kampf armer Bevölkerungsgruppen um ihre natürlichen Lebensgrundlagen gegen die Ansprüche überlokaler Unternehmen und Konsumenten. Die Kleinbauern und Halbnomaden, die Landarbeiter und Kleingewerbler, die in den Talgebieten der Narmada wohnen, sind da nur ein Beispiel. So könnten auch die Fischer in Andra Pradesh, die Indios in den Anden, die Townships in Südafrika oder die Reispflanzer auf Bali in ähnlich gelagerte Konflikte verwickelt sein.

Konflikte um Rohstoffabbau: Erdöl

Seit Pizarros Zeiten wurde die »Neue Welt« auf wertvolle Rohstoffe hin abgesucht. Doch heute hat sich die *frontier* in der Suche und Ausbeute von Rohstoffquellen bis an die entlegensten Zonen der Kontinente und Meere vorgeschoben, weil leichter zugängliche Vorkommen mittlerweile erschlossen oder erschöpft sind. Öl wird tief im Urwald und tief im Meer gefördert, Holz aus dem fernen

Öl aus dem Regenwald Ekuadors

Seit 1964 das Konsortium Texaco-Gulf die ersten Bohrstellen eröffnet hat, ist im Amazonasgebiet Ekuadors, dem sogenannten Oriente, das Ölzeitalter angebrochen. In ein Gebiet, das insgesamt etwa ein Drittel des Landes umfasst, sind über die letzten 30 Jahre Zug um Zug Ölgesellschaften vorgerückt, haben Bohrungen niedergebracht und eine weitverzweigte Infrastruktur zur Ölförderung aufgebaut.

Öl bringt dem ekuadorianischen Staat Geld, und was noch wichtiger ist: Dollars. Nicht nur leidet Ekuador an chronischer Budgetknappheit, das Land ist – wie viele lateinamerikanische Staaten – seit langem im Ausland verschuldet. Mit der Ölförderung schien sich ein Ausweg zu bieten: Staatseinnahmen standen in Aussicht und Exporte versprachen Devisen. Zumeist geht das geförderte Öl in die USA. Die an multinationale Konzerne (AGIP, Mobil, Amoco, Elf Aquitaine, Petrobras, Texaco u.a.) vergebenen Konzessionen betreffen Gebiete von rund 1,2 Mio. ha Regenwald (von insgesamt 13 Mio.) und liegen oft in indigenen Territorien.

Die im Oriente lebenden Völker sind vorwiegend Subsistenzgesellschaften, sie besitzen unterschiedliche Sprachen und Kulturtraditionen. Es handelt sich dabei vor allem um die Quichua, Huaorani und Shuar, wobei alle indigenen Gruppen zusammen etwa 125 000 Personen zählen, auf einem Gebiet geringer Bevölkerungsdichte. Das Zusammenspiel von Wald und Wasser macht die Region zu einer der artenreichsten in der Welt, die indigenen Gruppen sind auf die Naturräume der Wälder, der überfluteten Gebiete und der Flussufer angewiesen.

Ölförderung verlangt Sprengungen, Pumpanlagen, Pipelines, Raffinieren und darüber hin-

aus Schneisen, Straßen, Landepisten, schweres Gerät und Arbeitercamps. Daher ging es überall zuerst um die Abholzung der Wälder, und tatsächlich ist seit den 1970er Jahren die Waldfläche insgesamt um 70 Prozent geschrumpft, wie auch nur mehr 8 Prozent der ehemals gesamten Fläche den indigenen Gemeinschaften gehören. Ferner werden Ölreste und Gas abgefackelt wie auch Schneisen und Explosionslöcher geschlagen, ohne die heiligen Orte der Indios zu schonen. Besonders dramatisch aber waren und sind die Folgen der Wasserverschmutzung: Giftige Abfälle und Abwässer verunreinigen Bäche und Flüsse, die den Einwohnern als Trinkwasser, Kochwasser und zum Waschen dienen. Über zahlreiche Lecks in den Leitungsrohren sickert Öl in Boden und Wasser; in den letzten zwanzig Jahren, so heißt es, flossen aus über dreißig Brüchen im Pipeline-System mehr als eine halbe Million Barrel Öl in Ekuadors Flussläufe. Da mit Abholzung und Vergiftung auch Pflanzen, Fische und Wildtiere verschwinden, erodiert die Existenzbasis der indigenen Gruppen. Mangelernährung, sozialer Niedergang und letztendlich Vertreibung sind die Folge.

Gesetze wie auch Regeln zur Umweltverträglichkeitsprüfung gab es, doch wurden sie weitgehend ignoriert. Das begann sich zu ändern, seit zahlreiche indigene Bauernorganisationen als Reaktion auf das Vordringen der Ölindustrie entstanden sind. Sie führen, auch mit internationaler Vernetzung, die Konflikte um Information, Mitbestimmung, Entschädigung, Gewinnbeteiligung und vor allem ein Moratorium für die Ölförderung weiter.

(Haller et al. 2000)

Patagonien und Sibirien geholt, und schwimmende Fischfabriken durchkämmen die Meere vom Polarkreis bis zur Antarktis. Begehrt sind vor allem Energieträger, insbesondere Öl und Gas, gefolgt von Metallen wie Gold, Zinn, Silber, Kobalt und biotische Rohstoffe wie Holz und Fische. Mit der Öffnung der Grenzen für transnationale Unternehmen im Zuge der Globalisierung hat sich der Drang, die Frontlinie der Ausbeutung vorzuverlegen, vertieft und beschleunigt. Besonders da, wo

die Rohstoffausbeutung in bisher unerschlossene Gebiete vorrückt, sind es die Territorien indigener Gesellschaften, welche ins Netz weltweiter Ressourcenflüsse eingegliedert werden.

Auf der einen Seite steigt die Weltnachfrage nach Naturressourcen aller Art, auf der anderen Seite aber warten diese Ressourcen nicht einfach in einem Niemandsland darauf, abgeholt zu werden. Vielmehr liegen sie oft im Lebensraum ortsansässiger Bewohner und machen deren Lebensgrundlagen aus. Unregulierte Ressourcenausbeute degradiert, dezimiert und desakralisiert oft deren Landschaften, besonders in den Peripherien des Südens. Die Nutzung der Ökosysteme als *commons* steht dabei gegen ihre Nutzung als *assets* zur Gewinnbildung. Das Bedürfnis lokaler Gemeinschaften nach Gesundheit und Überleben steht gegen das Bedürfnis ferner Konsumenten nach Treibstoff und Heizöl. Subsistenzbedürfnisse konkurrieren mit Luxusbedürfnissen. Deshalb rufen nicht nur die Ölförderung, sondern etwa auch Entwaldung oder industrieller Fischfang oftmals lokalen Widerstand hervor, wenn mit dem Ressourcenabbau die Lebensbasis der Einwohner bedroht wird. Die Armen werden – zugespitzt gesagt – ihrer Ressourcen beraubt, damit die Reichen über ihre Verhältnisse leben können.

Konflikte beim Umbau von Ökosystemen: Staudämme

Die Entnahme von Rohstoffen ist nur eine Weise, wie sich Menschen Ressourcen von der Biosphäre besorgen, die Umformung von Ökosystemen in Produktionsmaschinen ist die andere. Von Tee und Zuckerrohr über Baumwolle und Eukalyptusbäume bis zu Kiwis und Garnelen: agrar-ökologische Systeme werden aufgebaut, um den Tisch ferner Konsumenten zu decken. Der Ressourcenkonflikt zwischen Unterhaltswirtschaften und Marktökonomie ist auch die Wurzel aktueller Auseinandersetzungen um den Umbau der Natur für Plantagen, Aquakultur und Wasserreservoirs.

Die Umformung der Natur kann beim Bau von Talsperren dramatische Formen annehmen. Staudämme verändern Flussläufe, versenken Täler und wandeln Naturräume um. Bis 1949 sind ungefähr 5 000 große Staudämme gebaut worden, drei Viertel davon in Industrieländern; am Ende des 20. Jahrhunderts zählt man hingegen 45 000 Staudämme in der Welt, zwei Drittel davon in Entwicklungsländern, allen voran China und Indien (WCD 2000, 8ff.). Hauptsächlich werden Dämme gebaut, um Bewässerung für industrielle Landwirtschaft sicherzustellen, dann aber auch um Strom zu erzeugen und Trinkwasser zu sammeln. Wieder ist Konkurrenz um Land und Wasser der wichtigste soziale Konflikt, der von Dammbauten heraufbeschworen wird.

An erster Stelle steht die Verdrängung von Familien und Dorfgemeinschaften: Zwischen 1986 und 1993 allein wurden schätzungsweise 4 Millionen Menschen durch jährlich durchschnittlich 300 Baueröffnungen vertrieben, die Gesamtzahl der Verdrängten über die Jahrzehnte beläuft sich auf 40 bis 80 Millionen (WCD 2000, 17). Darüber hinaus kann die Veränderung der Wasserläufe den Lebensunterhalt von flusssnahen Gemeinschaften unterminieren: Produktive Ressourcen wie Wasser, Wälder und Weiden sowie Fischwasser können mit der Flutung besonders flussabwärts verschwinden. Dazu kommt, dass Umsiedlungsprogramme oft viel zu wünschen übrig lassen; sie sind entweder nicht vorhanden oder setzen Menschen in unvergleichlich schlechtere Orte um. Die von der *World Commission on Dams* zusammengeführten Fallstudien sprechen eine gemeinsame Sprache: Die mit Staudämmen verbundenen negativen Auswirkungen treffen vor allem Landbewohner, Subsistenzbauern, indigene Gruppen, ethnische Minoritäten und Frauen, während die positiven Auswirkungen in erster Linie Stadtbewohnern, Großlandwirten und Industriebetrieben zugute kommen (WCD 2000, 124f.). Über den Gebrauch der Natur werden Gewinner und Verlierer aussortiert.

Ver-damm-t im Narmada-Tal

»Dann ertrinken wir eben«. Schon seit Jahren gehen Bilder von einfachen, bis an die Hüften im Wasser stehenden Männern und Frauen durch die Weltpresse – Menschen, die zum Letzten entschlossen sind, um doch noch den Bau des Sardar Sarovar Staudamms im Tal der Narmada zu blockieren. Zum wiederholten Male stand im vergangenen Jahrzehnt die Sache auf Spitze und Knopf: Einheimische und Aktivisten drohten, nicht von der Stelle zu weichen und sich lieber den einlaufenden Fluten auszuliefern, als die Fertigstellung der Staustufe zu akzeptieren.

Beim Sardar Sarovar Damm handelt es sich nur um den zentralen Abschnitt in einem Mega-projekt für das Flusssystem der Narmada, das 30 größere, 135 mittlere und 3000 kleinere Dämme vorsieht. Die Narmada, mit ihren 1300 km der längste westwärts fließende Strom Indiens, soll in eine Kaskade von Kraftwerken und Wasserreservoirs verwandelt werden. So soll der heiligsten Strom Indiens, an dem Pilger seit urdenklicher Zeit von der Mündung am Arabischen Meer zur Quelle in Amarkantak und zurück gewandert sind, um sich mit der spirituellen Energie Shiva's zu verbinden, zum Produzenten von Arbeitsenergie profanisiert werden.

Ende der 1980er Jahre formierte sich der Widerstand gegen Vertreibung und völlig unzureichende Umsiedlungspläne. Etwa 250000 Menschen, die meisten von ihnen tribals, in mehreren Hundert Dörfern sahen sich unter der Drohung, nicht nur ihre Behausungen, sondern auch Äcker, Wasserläufe, Weiden und Wälder – die Basis ihres Lebensunterhalts – zu verlieren.

An Kompensation war nicht zu denken, und die Neuansiedlungen boten bestenfalls Unterschlupf, aber keinen Habitat. Massendemonstrationen, Straßenblockaden, Hungerstreiks, Protestmärsche, Gerichtseingaben: kaum ein gewaltloses Mittel wurde in den vergangenen zehn Jahren ausgelassen, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Opfer des Großprojekts zu lenken und die Raupenschlepper zum Halten zu bringen. 1992 machte sich das Inspection Panel der Weltbank einige der Anschuldigungen zu eigen, was zum Rückzug der Weltbank und dann auch Japans aus der Finanzierung führte. Als der indische Staat den Kampf um den Staudamm zunehmend als Machtfrage verstand, stellte die Opposition den volkswirtschaftlichen Nutzen des Projekts in Frage: Wie viele und wer würde im fernen Gujarat in den Genuss künstlicher Bewässerung kommen? Wann wird das Stau-becken verschlammten? Wieviel Ackerboden geht verloren? Was sind die erwarteten Vorteile anderswo und morgen gegen die realen Kosten hier und heute? Und immer wieder wurde auch das dem Projekt innewohnende Entwicklungsparadigma – die Armen enteignen, um die Wirtschaft brummen zu lassen – angegriffen und ansatzweise alternative Visionen für ein florierendes Indien artikuliert.

Mit der endgültigen Freigabe der Bauarbeiten durch den Obersten Gerichtshof im Oktober 2000 hat vorerst das »nationale Interesse« ob-siegt. Ohne jedoch die Narmada Satyagraha, den gewaltlosen Widerstand, ersticken zu können.

(Mehta 1993, Roy 1999, Wadle 2002).

Konflikte um reprogrammierte Organismen: Saatgut

Neben Abbau und Kolonisierung tritt in jüngster Zeit eine dritte Weise, die Natur als Ressource zu nutzen: ihre Reprogrammierung. Veränderungen im Erbgut von Pflanzen und Tieren stellen eine neue Phase in der Geschichte der Indienstrahmung der Natur dar. Dabei bleiben die Absichten der Intervention der Natur nicht mehr äußerlich; sie werden in ihren Reproduktionsprozess selbst eingetragen. Ähnlich wie bei Hybridsorten in der industriellen Landwirtschaft ist das Ziel dieser Operationen, ausgewählte Hochleistungssorten herzustellen, welche spezifische, maximale Erträge

erlauben. Ob es sich um herbizid-resistente Baumwolle, Vitamin A-intensiven Reis, schädlingstolerante Kartoffeln oder infektionsfreie Fische handelt: immer wird versucht, ein produktions- oder konsumrelevantes Merkmal zu maximieren. Mit anderen Worten, eine momentane Konstellation wirtschaftlicher Interessen wird in potentiell langfristig wirksames Genmaterial eingelassen; Menschengeschichte wird zum Schrittmacher der Naturgeschichte.

Ausgelöst durch den Ausgriff von Biotech-Unternehmen in die Landwirtschaftszonen des Südens zeichnet sich eine neuartige Bedrohung für Subsistenzrechte ab: Auf dem Saatgut oder bestimmten Pflanz- und Nutztiersorten könnte von nun an ein Preisschild kleben. Denn auf genmodifizierten Lebewesen liegt ein durch Patente geschütztes Eigentumsrecht. Wenn aber zunehmend mehr Nutzlebewesen in das Eigentum von Unternehmen rücken, dann verengt sich der freie Zugang zu den Produktionsmitteln des Lebensunterhalts: Bauern, die bislang unentgeltlich Samen tauschen, Schösslinge sammeln oder Tiere vermehren konnten, müssen nun Lizenzgebühren zur Nutzung des Naturpatrimoni-ums bezahlen. Verstärkt wird diese Tendenz noch durch die möglichen Auswirkungen der Gentechnik auf die Biodiversität: Sowohl die weitere Verbreitung von Monokulturen wie auch die unkontrollierte Verbreitung von transgenen Organismen droht nämlich, die Artenvielfalt weiter zu vermindern (Lohman 2000). Wenn sich freilich der Verlust an Vielfalt mit der Kommerzialisierung der verbliebenen Arten koppelt, dann geraten die kleinen Landwirte in eine Abhängigkeitsfalle (A.A.2000). Nahrungsquellen und auch Heilpflanzen sind entweder verloren oder kosten viel; damit sind die Existenzrechte der Bürger ohne Kaufkraft eingeschränkt.

Schutz einheimischer Kartoffelsorten in Bolivien

Das Hochland der Anden ist die Heimat der Kartoffel; von dort aus hat sie ihren Siegeszug um die Erde angetreten. Im Ursprungsgebiet werden Hunderte von Kartoffel-sorten gezogen und angebaut; in Bolivien etwa hat man 235 Arten von wilden oder gezüchteten Kartoffeln identifiziert. Dutzende davon werden jeweils von Dorfgemeinschaften genutzt, von Bitter- zu Süßkartoffeln, je nach Boden- und Höhenverhältnissen und je nach Erntezeit, Mischkultur und Verzehr-zweck. Eine hoch-diversifizierte Kleinlandwirtschaft, angepasst an die unterschiedlichen ökologischen Nischen vom subtropischen Tal bis zum ewigen Eis, sichert so die Nahrungsbasis auch unter kargen Bedingungen.

Im April 2000 gab die Regierung die Erlaubnis, Freilandversuche mit genetisch veränderten Kartoffelpflanzen zu unternehmen. Durch Gentransfer wurde das Erbgut der Pflanze modifiziert, um ihre Resistenz gegen Wurmbefall zu erhöhen. Bauernorganisationen und NGOs opponierten gegen das Projekt und drohten, die Versuchsfelder zu zerstören. Am Ende wurde das Projekt zurückgezogen, obgleich ein Jahr später der vorläufige Bann von GMO-Einfuhren wieder aufgehoben wurde.

Die Oppositionsbewegung war besorgt um die Vielfalt der einheimischen Kartoffelpflanzen. Freisetzung birgt das Risiko ungewollter Verbreitung und längerfristig könnten traditionelle Sorten gegen die Konkurrenz von Gensorten untergehen. Durch natürliche Befruchtung könnte sich genetische Verschmutzung ausdehnen, und die Wurmresistenz könnte auch andere Kleinorganismen im Boden eliminieren, die wiederum Teil der Nahrungskette etwa für Frösche und Vögel sind. Wenn jedenfalls die Kartoffelvielfalt geschmälert wird, dann würde die Nahrungssicherheit und Unabhängigkeit bolivianischer Bauern gegen eine einseitig produktive, riskante und teure Technologie eingetauscht.

(Ramos 2002)

Konflikte um Schadenswirkungen: Klimagase

Die Armen geraten nicht nur unter Druck, weil sie der Gewinnung von Naturinputs im Wege stehen, sondern auch weil sich die Verbringung von Schadensoutput auf sie konzentriert. So sind zuallererst die Armen den Folgen atmosphärischer Überlastung ausgesetzt, während die Ursachen unerkannt und unerreichbar jenseits ihres Einflusshorizonts wirksam sind. Weit davon entfernt, lediglich ein Naturschutzthema zu sein, wird Klimawandel mit ziemlicher Sicherheit zur unsichtbaren Hand hinter landwirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion und Vertreibung aus der Heimat.

Koloniale Zerstörung kommt dieses Mal ohne imperiale Macht und ohne Besatzungsarmee. Stattdessen rückt sie an durch die Luft, unsichtbar und heimtückisch, tele-transportiert über die Chemie der Atmosphäre. Wenn sich die Erdatmosphäre erwärmt, wird die Natur instabil. Unversehens wird man sich weder auf Regen, Grundwasserspiegel, Temperatur, Wind oder Jahreszeiten verlassen können, alles Faktoren, welche seit urdenklichen Zeiten für die Gastlichkeit der Lebensräume von Pflanzen, Tieren und auch von Menschen gesorgt haben. Mit Klimastörungen werden manche Lebensräume weniger bewohnbar, im Extremfall sogar untauglich für bestimmte Tier- und Pflanzenarten oder sogar für Menschen. Es liegt auf der Hand, dass ein Anstieg des Meeresspiegels einige der am dichtesten besiedelten Länder unbewohnbar machen wird. Weniger offen liegt zutage, dass Veränderungen in Luftfeuchtigkeit und Temperatur ziemlich sicher Veränderungen der Vegetation, der Artenvielfalt, der Bodenfruchtbarkeit und der Wasservorkommen auslösen werden. Zudem ist zu erwarten, dass die Umwelt ungesunder wird; Ernten werden eher von Ungeziefer und Unkraut befallen, während die Menschen sich mehr mit Malaria, Denguefieber oder Infektionskrankheiten anstecken (IPCC 2001). Forschungen sagen, dass bei einem globalen Temperaturanstieg

um 2 Grad, also bei ungebremsten Emissionen, im Jahre 2050 etwa 25 Millionen Menschen zusätzlich von Überflutung der Küsten, zwischen 180 und 250 Millionen von Malaria und zwischen 200 und 300 Millionen von Wasserknappheit bedroht sind (Parry et al. 2001).

Am größten sind die Gefahren für jene, die am verwundbarsten sind. Nicht jeder Erdenbürger ist gleichermaßen von Klimaturbulenzen betroffen. Es sind die Reisbauern im Mekong-Delta und die Fischer entlang der Küste des Senegal, die Viehhüter im Hochland von Äthiopien oder die Slumbewohner an den Abhängen von La Paz, deren Existenz durch Klimawandel bedroht wird. Die wirtschaftliche Grundlage zahlloser Dörfer und Städte wird von Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität betroffen sein. Landflucht könnte zunehmen. Elendsviertel werden Schlammlawinen und Zerstörung ausgesetzt sein. Und Krankheiten werden diejenigen heimsuchen, die am wenigsten Abwehr-

Tuvalu – eine Nation auf Umweltflucht

Zehntausend Menschen, die gesamte Bevölkerung von Tuvalu, der Insel im Südpazifik, packt ihre Sachen zusammen. Denn ihre Häuser auf den neun Flach-Atolls sind dabei, von den ansteigenden Fluten des Südpazifik geschluckt zu werden. Die Erde wird wärmer, der Meeresspiegel steigt und Tuvalu verschwindet ohne großen Laut allmählich von der Erdoberfläche. Leo Falcam, der Präsident der Föderation mikronesischer Staaten, trat vor hochrangigen Politikern in Hawaii letzte Woche leidenschaftlich für eine Politik des Klimaschutzes ein. Er warnte davor, dass »die frühzeitige Erfahrung der Inselbewohner mit den realen Konsequenzen des Klimawandels in Analogie zur Rolle von Kanarienvögeln im Kohlenbergwerk betrachtet werden kann – sie geben die Frühwarnung vor einem aufziehenden Verderben«.

The Japan Times, Tokyo, 14. August 2001

kräfte besitzen – die Armen. Die Risiken, die von der globalen Erwärmung ausgehen, sind keinesfalls gleich verteilt auf die Weltbevölkerung; sie entfallen unverhältnismäßig stark auf die sozial Schwachen und Machtlosen, die bereits in Elendsvierteln, in Randgebieten oder am Existenzminimum leben. Es sind vor allem anderen die physische Integrität der Armen und die Integrität ihrer Lebensräume, die durch exzessive Brennstoffverbrennung auf Seiten der Wohlhabenden untergraben werden.

Ressourcen und Subsistenzrechte

Im Zentrum solcher Ressourcenkonflikte steht allenthalben die Frage: Wem gehört das Land? Seine Wälder? Seine Fische? Und überall schwingt auch mit, was man als die Elementarfrage der Demokratie betrachten kann: Wer hat Bleibe-, wer hat Existenzrechte in diesem Staat? Durchweg weisen die Konflikte in ihrer Struktur gemeinsame Merkmale auf. Es geht (1) darum, ein oder mehrere Ökosysteme gegen die zerstörerischen Ansprüche anderer, nicht-ansässiger Akteure zu verteidigen. Allerdings nicht aus Motiven des Naturschutzes, sondern weil (2) die jeweiligen Naturräume – die Küste, die Feuchtlandschaften, die Wälder, die Savannen, die Flüsse, die Berghöhen – Lebensraum für eine menschliche Gemeinschaft bieten. Als Wirtschaftsraum stellt ein solches Habitat wichtige Ressourcen für Selbstversorgung und Marktproduktion bereit, als Kulturraum stellt es oft die Verbindung der ansässigen Gemeinschaft zur Vergangenheit ihrer Vorväter wie auch zur Transzendenz ihrer Götterwelt her. Schwerwiegende Eingriffe in den Naturraum sind daher (3) nicht nur von ökologischer, sondern gleichzeitig von sozialer Bedeutung; sie bedrohen die Lebensgrundlagen lokaler Gemeinschaften. Ein Niedergang der Ökosysteme untergräbt die Basis ihres Lebensunterhalts, was im äußersten Fall zu Vertreibung und zu Verelendung führen kann. Aus dieser Bedrohung erwächst (4) der ökologische Widerstand der Armen, »the environmentalism of the poor« (Martinez-Alier 2002), der im Kern oft weniger eine Umweltbewegung zum Schutz von Naturgütern, sondern – wenigstens auf dem Land – eher eine Bauernbewegung zur Verteidigung von Lebensrechten darstellt.

Wenn Menschen nicht über die wesentlichen Grundbefähigungen verfügen, um Lebensunterhalt und Würde zu gewährleisten, sind ihre Menschenrechte bedroht. Dazu gehört die Befähigung, sich angemessene Nahrung zu verschaffen, unnötige Krankheiten und frühe Sterblichkeit zu vermeiden, eine angemessene Behausung zu haben, den Lebensunterhalt zu sichern, auf physische Sicherheit zählen zu können, gleichen Zugang zur Gerichtsbarkeit zu haben, in der Öffentlichkeit ohne Scham erscheinen zu können und am Leben einer Gemeinschaft teilzuhaben (OHCHR 2002, 9). Insbesondere die ersten vier – Nahrung, Gesundheitsschutz, Wohnung, Lebensunterhalt – können als Subsistenzrechte (Shue 1980), d.h. als Erfordernis minimaler wirtschaftlicher Sicherheit betrachtet werden. Subsistenzrechte sind so ein Teil der Menschenrechte; sie machen den Kernbestand der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aus, wie sie im *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* niedergelegt worden sind.

In welchen Schicksalen auch immer sich Mittellosigkeit und Demütigung ausprägen, deklassierende Armut geht im allgemeinen auf eine Verletzung von Subsistenzrechten zurück. Dabei ist für ein besseres Verständnis von Umwelt-Menschenrechten entscheidend, dass Subsistenzrechte auch in Rechte auf die Nutzung von Naturräumen eingelassen sein können. Denn neben Einkommen und Gemeinschaftsleistungen stellt die Natur eine andere wichtige Quelle zur Sicherung des Lebensunterhalts dar. Das ist insbesondere der Fall für jenes Drittel der Menschheit (UNDP 1998, 80), dessen Lebensunterhalt vom direkten Zugang zur Natur, also zu den sie umgebenden Feldern, Wäldern, Weiden und Gewässern abhängt. Für Menschen, die in unmittelbarem Austausch

mit der Natur leben, ist das Schicksal der Ökosysteme in ihren Territorien lebenswichtig. Ihre Subsistenzrechte hängen zu einem guten Teil an der Verfügbarkeit von Naturressourcen. Eine Degradierung jener Naturräume, auf die sie zu ihrem Lebensunterhalt angewiesen sind, unterminiert daher gleichzeitig ihre Subsistenzrechte.

Doch immer wieder geraten die Natur-Lebensräume der Armen auch ins Visier der internationalen Ressourcenwirtschaft. Denn die über den Erdball gesprenkelten Peripherien sind nicht außerhalb der Reichweite der Weltwirtschaft, sondern insbesondere hinsichtlich der Ressourcenwirtschaft in vielfältiger Weise mit den Zentren verbunden. Sie sind Hinterland zur Rohstoffentnahme, Bezugsräume für agrarische Erzeugnisse, Anwendungsgebiete für gentechnisch veränderte Lebewesen oder Gefahrenzonen im Gefolge des Klimawandels. In allen Fällen sind die Peripherien indes durch längere geografische Entfernungen und/oder enorme soziale Abstände von den Zentren getrennt, welche Druck auf ihre Ressourcensituation ausüben. Stätten der Bereicherung sind zumeist auf sicherer Distanz von Stätten der Verarmung. Doch über Investitionsflüsse, die Atmosphärenchemie oder den Sog höherer Kaufkraft werden Verbindungen geschlagen, Verbindungen, welche ein Machtgefälle aufweisen, das für eine stabil asymmetrische Aufteilung von Vorteilen und Nachteilen sorgt. So brechen in den armen Peripherien Ressourcenkonflikte auf, wo, und sei es nur auf lokaler Ebene, ein Kampf um nichts weniger als die Anrechte auf die Biosphäre ausgetragen wird. Kraft der biologischen Natur des Menschen sind einige dieser Anrechte unveräußerbar; wenn sie nicht mehr garantiert werden, dann wandelt sich ein Konflikt um Ressourcen in einen Konflikt um Menschenrechte.

Subsistenzrechte und Menschenrechte

Was das Völkerrecht anlangt, konnten vor dem Zweiten Weltkrieg nur Staaten Rechte beanspruchen. Die Rechte von Einzelpersonen fanden erst mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 Anerkennung auf internationaler Ebene. Das kann als die juristische Revolution in Sachen Menschenrechte betrachtet werden (Ignatieff 2001, 5ff), die ihrerseits von einer Politisierungs- und Durchsetzungsrevolution begleitet war.

Allerdings hatten für lange Zeit die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte von Menschen eine untergeordnete Rolle in diesem aufsteigenden Rechtsbewusstsein gespielt. Das war zunächst dem Kalten Krieg geschuldet. Denn das westliche Lager hatte sich die bürgerlich-politischen Rechte, das östliche Lager aber die wirtschaftlich-sozialen Rechte aufs Banner geschrieben. Beide Gruppen von Menschenrechten waren rituell gegeneinander ausgespielt worden, mit der Folge, dass im Westen die Sozialrechte ebenso wenig ernstgenommen wurden wie im Osten die Demokratierechte. Mittlerweile hat sich diese Auseinandersetzung erledigt, und die Unteilbarkeit und wechselseitige Abhängigkeit der Menschenrechte wird weitgehend akzeptiert (Onuma 1998). Es wäre auch schwer einzusehen, warum Mangelernährung oder Krankheit die Handlungsfähigkeit von Menschen weniger beeinträchtigen sollte als Pressezensur oder religiöse Verfolgung. Ohne wirtschaftlich-soziale Rechte fehlt schließlich den bürgerlich-politischen Rechten die Mindestgrundlage an Gleichheit, wie umgekehrt wirtschaftlich-soziale Rechte ohne bürgerlich-politische Rechte der Antriebskraft der Freiheit beraubt sind. Deshalb ist ein minimalistisches Verständnis der Menschenrechte, das sich nur auf negative Freiheitsrechte gegenüber dem Staat beruft, diskriminierend gegenüber den Habenichtsen und Existenzbedrohten; die Anerkennung ihrer Würde verlangt nach Sicherung von Subsistenzrechten.

Offensichtlicherweise erfordern diese Rechte vom Staat, nicht nur Einschränkungen zu unterlassen, sondern auch Vorkehrungen zur ihrer Erfüllung zu treffen. Zu einer Menschenrechtspolitik gehören daher nicht nur negative Rechte, sondern auch positive Rechte, nicht nur die Eindämmung des Staates, sondern auch der Einsatz des Staates. Menschenrechte werden eben nicht nur verletzt, sondern auch vorenthalten. Auf der anderen Seite freilich führt auch ein maximalistisches Verständnis von Menschenrechten in die Irre. Auf Trinkwasser gibt es für alle ein Recht, auf eine Herzoperation nicht. Das Wünschenswerte muss vom Notwendigen unterschieden werden, das Erfolgreiche vom Eintragbaren. »Human rights is an account of what is right, not of what is good« (Ignatieff 2001, 55). Politische Ziele konstituieren keine Rechte; man kann auf Erstere nicht verpflichtet werden, auf Letztere hingegen schon. Je mehr aber politische Ziele als Verpflichtungen ausgegeben werden, desto näher rückt die Kollision zwischen dem Anspruch aller auf Lebensunterhalt und dem Recht aller auf Freiheit und kulturelle Vielfalt. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, ganz wie in der liberalen Tradition, den Respekt für Subsistenzrechte in erster Linie als negatives Recht zu formulieren: Soziale Institutionen sind so zu gestalten, dass sie nicht strukturell und auf Dauer fundamentale Rechte untergraben (Pogge 2002). In zweiter Linie geht es über den Respekt hinaus um den Schutz der Rechte, etwa durch Handels- oder Kartellgesetze. Und erst in dritter Linie um die Erfüllung von Rechten, um Menschen – etwa über Landreformen – in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Es sind also drei Stufen von Verpflichtungen, welche sich für Staaten und andere machtvolle Akteure aus dem Gebot der Subsistenzrechte ergeben: den Entzug solcher Rechte zu vermeiden, ihren Schutz zu garantieren und bei Verlust ihre Erfüllung sicherzustellen (Shue 1980, 52ff.).

Menschenrechte und Umweltpolitik

Es besteht keine Frage, dass der Sicherung der Menschenrechte eine größere Dringlichkeit zukommt als einer gerechteren Verteilung, insbesondere im Weltmaßstab. Überleben geht vor besser leben. Aufgrund des Unbedingtheitscharakters von Menschenrechten lässt sich deshalb ein Prioritätsprinzip formulieren: Die Erfüllung grundlegender Rechte muss Priorität vor allen anderen Aktivitäten haben, gerade auch vor der Erfüllung eigener, nicht-grundlegender Rechte (Shue 1980, 118). Auf ökologische Subsistenzrechte angewandt, heißt dies, dass die Erfüllung von Rechten auf Lebensunterhalt Priorität haben muss vor der Erfüllung nicht-grundlegender Ressourcenbedürfnisse anderer Akteure. Subsistenzbedürfnisse rangieren vor Luxusbedürfnissen. Diese Formel bezeichnet jene Grundpflicht, die sich für die Institutionen, national wie international, aus der Anerkennung von Subsistenzrechten ergeben. Hält man sich vor Augen, dass Rechtlosigkeit das Resultat eines fortdauernd wirksamen Machtgefälles darstellt, dann wird klar, dass mehr Rechte nur über Verschiebungen im Machtgefüge, vorsichtige oder weitreichende, zu haben sind. Weil es darauf ankommt, die Schere der Machtbeziehungen ein Stück weit zu schließen, lässt sich von einer dualen Strategie sprechen: Es geht einerseits darum, den Spielraum der Machtlosen zu erweitern, und andererseits die Macht der Wohlhabenden einzuschränken.

Den Spielraum der Machtlosen zu erweitern, verlangt, in den Ressourcenkonflikten die Rechte der lokalen Gemeinschaften auf ihre Ressourcen anzuerkennen und zu stärken. Schließlich sind Weiden und Wälder, Felder und Saatgut, Frischwasser und saubere Luft wertvolle Quellen für Nahrung, Gesundheit, Materialien und Medizin. Dies ist der Grund, warum eine Politik der Lebensunterhaltsrechte sich mit dem Interesse an Umweltschutz deckt. Weil intakte Ökosysteme die Verwundbarkeit der Armen mindern, sind Natur- und Umweltschutz Kernstück einer Politik, die

Armutsüberwindung ernst nimmt. Und weil umgekehrt wirksame Rechte der Bewohner die beste Gewähr dafür geben, dass die Ressourcen der Armen nicht mehr so leicht zu den Reichen umgelenkt werden, ist eine Politik der Lebensunterhaltsrechte ein Kernstück des Natur- und Artenschutzes. Ökologie und Subsistenzrechte sind so aufs Engste verschränkt (Sachs et al. 2002).

Die Macht der Wohlhabenden einzuschränken, diese Perspektive kann sich auf Grundprinzipien der Fairness berufen. Dabei muss man nicht an eine Umverteilung zwischen Armen und Reichen denken, sondern daran, was man als die Minimalregel der Gerechtigkeit begreifen kann: Alle Regelungen, national wie international, sind so zu treffen, dass sie nicht die Lage der am wenigsten Begünstigten verschlechtern (Pogge 2002, 23; Müller-Plantenberg 1999). Anscheinend eine bescheidene Regel, die es aber dennoch in sich hat. Denn gerade die grenzüberschreitenden Folgen wirtschaftlicher und ökologischer Art von Produktionsprozessen, Auslandsinvestitionen, Protektionsmaßnahmen oder finanziellen Transaktionen sind so gewaltig, dass ein solches Prinzip eine erhebliche Prioritätenveränderung in Wirtschaft und Politik auslösen müsste. Denn sowohl Investitionsentscheidungen wie multilaterale Politikverhandlungen sind davon geprägt, in der Auseinandersetzung mit Konkurrenten den eigenen Vorteil zu maximieren – ohne großartige Rücksichten auf die Kosten für die am wenigsten Begünstigten, die gewöhnlich auch gar nicht am Tisch der Entscheidungen sitzen. Beispiele sind nicht schwer zu finden. Bei multilateralen Agrarverhandlungen wird um Konkurrenzvorteile zwischen Agrarexportländern gerungen, doch die Lage von Kleinbauern wird ignoriert. Bei Klimaverhandlungen werden Emissionsgrenzen ins Auge gefasst, welche die Wohlfahrtsverluste für Industrieländer minimieren, aber den Verlust von Subsistenzrechten bei Fischern, Bauern und Deltabewohnern in der südlichen Hemisphäre in Kauf nehmen. Völkerrechtlich aber ist es keine Frage, dass die Menschenrechte dem Handels- oder Umweltrecht übergeordnet sind; ihre Beachtung verlangt, die eigenen Vorteile zurückzustellen, sobald durch deren Wahrnehmung die bereits Schwachen noch mehr deklassiert würden.

Und schließlich ist ein Übergang zur Nachhaltigkeit in den wohlhabenden Ökonomien, in den Nordländern wie auch innerhalb der Südländer, eine unverzichtbare Voraussetzung, um die Subsistenzrechte gerade jener Menschen – ein Drittel der Menschheit (UNDP 1998, 80) – zu wahren, deren Lebensunterhalt vom direkten Zugang zur Natur abhängt. Gewiss, auf kürzere Sicht kann der Druck auf lebensdienliche Ökosysteme und lokale Gemeinschaften durch effizientere Rohstoff- und Agrarerzeugung gemildert werden. Auch können lokale Gemeinschaften bei stärkerer Verhandlungsmacht mehr Entschädigung und Gewinnanteile herausschlagen. Doch auf längere Sicht werden sich die Konflikte um Umwelt-Menschenrechte nur entschärfen lassen, wenn die globale Klasse der Hochverbraucher in der Lage ist, ihre Nachfrage nach Naturressourcen zurückzubauen. Erst wenn die Nachfrage nach Öl sinkt, lohnt es sich nicht mehr, Förderzonen im Urwald zu erschließen, erst wenn der Wasserdurst von Landwirtschaft und Industrie abklingt, bleibt genügend Grundwasser für Trinkwasserbrunnen in den Dörfern, erst wenn die exzessive Verbrennung fossiler Stoffe eingedämmt ist, sind die Existenzrechte der Armen nicht mehr von der Heimtücke des Klimawandels bedroht. Daraus folgt nichts weniger, als dass ressourcen-leichte Produktions- und Konsummuster in den wohlhabenden Ökonomien die Basis abgeben für eine menschenrechtsfähige Welt-Ressourcenwirtschaft. Denn der statistische Sachverhalt, dass die Minderheit der wohlhabenden Länder den globalen Umweltraum überbeansprucht, wird handgreifliche Wirklichkeit in der sozialen Deklassierung. Weit davon entfernt nur dem Schutze von Wasserrosen und Walen zu dienen, ist Ökologie die einzige Option, um auf der Welt einer wachsenden Anzahl von Menschen Gastfreundschaft anzubieten.

Literatur

- Autori Anonimi** 2000: Osservazioni sull'agricoltura geneticamente modificata e sulla degradazione delle spezie. Bollati Boringhieri, Torino.
- Haller, Tobias** et al. 2000: Fossile Ressourcen, Erdölkonzerne und indigene Völker. Focus, Giessen.
- IFG** (International Forum on Globalization) (Hrsg.) 2002: Interim Report: Intrinsic Consequences of Economic Globalization on the Environment. IFG, San Francisco.
- Ignatieff, Michael** 2001: Human Rights as Politics and as Idolatry. Princeton University Press, Princeton.
- IPCC** (Intergovernmental Panel on Climate Change) 2001: Climate Change 2001: Impacts, Adaptation and Vulnerability. A Contribution of Working Group II to the Third Assessment Report. Cambridge University Press, Cambridge.
- Lohman, Larry u. V. Sampson** 2000: Genetic Dialectic. The Biological Politics of Genetically Modified Trees. Cornerhouse Briefing 21, Sturminster Newton.
- Martinez-Alier, Juan** 2002: The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation. Edward Elgar, Cheltenham.
- Metha, Gita** 1993: A River Sutra. Viking, New Delhi.
- Müller-Plantenberg, Urs** 2000: Rawls weltweit. In: Prokla 30 (121), 611–626.
- OHCHR** (Office of the UN High Commissioner on Human Rights) 2002: Draft Guidelines: A Human Rights Approach to Poverty Reduction Strategies. Geneva.
Unter: <http://193.194.138.190/development/povertyfinal.htm>
- Onuma, Yasuaki** 1998: An Intercivilizational Approach to Human Rights. In: Nuscheler, Franz (Hrsg.): The International Debate on Human Rights and the Right to Development. INEF-Report 30. Institut für Entwicklung und Frieden, Duisburg, 5–47.
- Parry, Martin** et al. 2001: Millions at Risk. Defining Critical Climate Change Threats and Targets. In: Global Environmental Change 11 (3), 181–183.
- Pogge, Thomas** 2002: World Poverty and Human Rights. Polity Press, Cambridge.
- Ramos, Maria Luisa** 2002: Resistance to GMO's in Centres of Origin: The Case of the Bolivian Potato. In: Friends of the Earth International (Hrsg.): Fertile Resistance in Agrobiodiversity, FOEI, Brussels, August, 19–20.
- Roy, Arundathi** 1999: Das Ende der Illusion. Politische Einmischungen. Blessing, München.
- Sachs, Wolfgang** et al. 2002: Das Jo'burg Memo: Ökologie – die neue Farbe der Gerechtigkeit. Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Sachs, Wolfgang** 2002: Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Brandes & Apsel, Frankfurt.
- Sachs, Wolfgang** 2003, Ökologie und Menschenrechte. Wuppertal Paper Nr. 131, Wuppertal Institut, Wuppertal.
- Shue, Henry** 1980: Basic Rights. Subsistence, Affluence and U.S. Foreign Policy. Princeton University Press, Princeton.
- UNDP** (United Nations Development Programme) 1998: Human Development Report 1998. Oxford University Press, Oxford.
- UNDP** 2001: Human Development Report 2001. Oxford University Press, Oxford.
- Wadle, Subodh** 2002: The Long March for Livelihoods: Struggle Against the Narmada Dam in India. In: J. Byrne et al. (Hrsg.), Environmental Justice, Transaction Books, New Brunswick, 71–96.
- WCD** (World Commission on Dams) 2002: Dams and Development. Earthscan, London.